

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugsänderungen und neuen Bestellungen erhaltlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schiffverteilung: Dresden-N., Büttnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal geplatzte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreipoligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 26. Januar 1928 Nummer 22

## Groener marschiert im Geflehters

Das Berliner Tageblatt verflucht / Aber Korruption darf nicht geschrieben werden

Wie mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium gegen das Berliner Tageblatt Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung zweier Reichsmarineminister gestellt, und zwar handelt es sich um den Oberleutnant Froge und den Oberregimentsarzt Bestler, die nach den Mitteilungen des SZ in die Kieler Munitionsangelegenheit verwickelt sein sollen. Das Reichswehrministerium betont, daß der Prozeß die erwünschte Aufklärung über die noch dunkle Affäre bringen werde.

Sicher dient der Strafantrag nur dazu, die Öffentlichkeit nach wie vor über die dunklen Kräfte des Reichswehrministeriums, die hinter der Kieler Munitionsaffäre stehen, im unklaren zu lassen. Der Prozeß, dessen Durchführung sehr lange hinausgezögert werden wird, wird gleichfalls nichts zur Klärung der Angelegenheit beitragen, da man nach alter Methode im gegebenen Falle die Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Landesinteressen“ ausschließen wird.

Das Berliner Tageblatt schreibt dazu: „Im übrigen könnte der Chef der Marineleitung ebensoviel Strafantrag gegen die Ermittlungskommission stellen. Wenn wir recht unterrichtet sind, ergibt sich schon aus diesen Akten die Beteiligung der beiden genannten Herren. Jedenfalls glaubt niemand, der über die Sache informiert ist, daß die Marineleitung zunächst mitteilen will, es handle sich um Privatgeschäfte der beteiligten Firmen, vielmehr wolle man dann diese Firmen in dem Glauben lassen, daß die Marineleitung bzw. das Reichswehrministerium hinter der Sache steht.“

Das Berliner Tageblatt verweigert natürlich seinen Lesern, daß es sich hier nicht um den Chef der Marineleitung handelt, sondern daß es sein anderer als Groener ist, der schon im Reichstag für die Vertuschung des Phobosstandards eintrat, der die Anklage inkuziert und sich schäufert vor die Marineoffiziere stellt.

Die rote Fahne schreibt: „Herr Groener tut in aller Eile kund, daß er das Geflehtersystem und die Geflehtermethoden aufrecht erhalten will durch Deduktion und Vertuschung des Phobosstandards, Dementis und Beleidigungsanklagen. Für die demokratische Schwanzpartei des Bürgerblatts und für den koalitions-schwächlichen Vorwärts, der die Vertuschung der Phobos-angelegenheit mit vier verflochtenen Zeilen im Sitzungsbericht des Reichstages totzuschweigen versucht, bedeutet diese Groener-Rede eine tollkühne Dafferte.“

Die Politik Groeners ist die Politik der großkapitalistischen, schwarz-weiß-goldenen Bürgerblattdiktatur des republikanischen Imperialismus. Diese Klage, diese neueste Glanzleistung des von Scheidemann vertrimmten Hundstotgenerals, beweist erneut die Notwendigkeit des revolutionären proletari-

schen Klassenkampfes gegen das Groenersystem, für die völlige Beseitigung der imperialistischen Reichswehr, für den Sturz der Bürgerblattdiktatur und die Auflösung des Reichstages.“

## Die Waffentransporte nach China

Die Sozialdemokraten für die Vorkauf beim Vatikan — und die Geheimfonds von Stresemann

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte bei der Beratung des Auswärtigen Amtes Genosse Stoedter die deutschen Waffentransporte nach China zur Sprache. Der Außenminister Wü der Kantinger Regierung habe in einem Communiqué an die Presse erklärt, daß von den nordchinesischen Generalen in der letzten Zeit für 20 Millionen Mark Aufträge für Waffen und Munition an deutsche Firmen gegeben seien. Stresemann habe vor drei Viertel Jahren erklärt, daß auf Grund eines Abkommens mit den deutschen Reedereien sich diese verpflichtet hätten, keine Waffentransporte mehr nach China zu übernehmen. Jetzt aber sei vor zwei Wochen wahrscheinlich im Zusammenhang mit den von Wü genannten Geschäften in Kiel ein Waffentransport für China aus Deutschland von 17 Waggons festgestellt worden, bei dem führende Herren aus der Reichsmarinewerwaltung beteiligt seien. Genosse Stoedter erhob gegen diese Waffentransporte den schärfsten Protest und verlangte Aufklärung von der Regierung.

Der Außenminister Stresemann erklärte zunächst, von den ganzen Dingen nichts zu wissen. Nach einer halben Stunde teilte er mit, daß Admiral Jenter erklärt habe, daß seine Stelle des Reichsmarineministers mit irgendwelchen Waffentransporten nach China etwas zu tun habe. Genosse Stoedter entgegnete darauf, daß dieses Dementi im Grunde nur eine Bestätigung der von ihm erhobenen Vorwürfe sei. Nichtamtliche Stellen, sondern mehrere Beamte der Reichsmarinewerwaltung seien an diesen Waffenschiffungen persönlich beteiligt. Hierüber schweige sich Jenter aus und dementiere etwas, was gar nicht behauptet worden sei. Stresemann antwortete, daß seiner Meinung nach Jenter mit dieser Erklärung auch feststelle, daß keinerlei Beamte an diesen Dingen beteiligt seien. Die Sozialdemokraten schwiegen sich bei dieser Erörterung völlig aus.

In der weiteren Beratung wurde ein Antrag der Kommunisten, die Vorkauf beim Vatikan aufzuheben, mit den Stimmen aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Darauf kam es zu einer Auseinandersetzung über die Geheimfonds, die jetzt von 5 auf 6 Millionen erhöht werden sollen. Genosse Stoedter bezeichnete diesen Fonds sehr richtig als Korruptions- und Spionagesonds für die imperialistische Außenpolitik Deutschlands. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die Erhöhung von 5 auf 6 Millionen, bewilligten aber anstandslos die bisherigen 5 Millionen. Die Erhöhung auf 6 Millionen wurde von den übrigen Parteien beschlossen. Auch alle übrigen verdeckten Geheimfonds für das sogenannte wirtschaftliche Nachrichtenwesen wurden von den Sozialdemokraten bewilligt.

## Die Klassenjustiz vor dem Reichstag

Berlin, 25. Januar 1928.

Am liebsten würde der deutschnationale Justizminister Hergt die Debatte zu seinem Etat allein bestreiten. Das läuft wie eine durchlöcherete Siebkanne und verfließt im parlamentarischen Sumpf. Er spricht eine Stunde am Anfang der Sitzung und macht eine große Entdeckung: nicht die Richter tragen die Politik in die deutsche Justiz, sondern die öffentliche Kritik verdirbt die ungetrübte Sachlichkeit der Rechtsprechung. Jetzt weiß man doch, wer die Justizhausurteile Niederns auf dem Gewissen hat, Vertrauenskrise der Justiz — gibt es nicht. Sein Vertrauen hat die deutsche Justiz, sie arbeitet prompt und brutal gegen revolutionäre Arbeiter.

Landsbergs sozialdemokratische Kritik beschränkt sich darauf, einige besonders trasse Fälle der Klassenjustiz gegen Kommunisten und der Schonung von Rechtsputzschiffen anzuführen. Politische Konsequenzen zieht er nicht. Eine betonte Verbeugung vor der Verfassungstreue Hindenburgs verfehlt die sozialdemokratische Fraktion in devotes Entzücken. Landsbergs Vollbart zittert elegisch, als er davon spricht, daß die breiten Massen weder von einer Rechts- noch einer Diktatur etwas wissen wollen. Abwarten! Und eine besondere Ironie lag darin, daß Oberst Verater und Lukenfreund die demokratische Auslegung des § 48 betrieb.

Dann kam schon wieder Hergt. Er konnte anscheinend das Wasser der Rede nicht halten und plätscherte los. Mit dem Nachweis, daß die Beschlagnahme der Druckereimaschinen in der kommunistischen Druckerlei in Hannover auf Anordnung Kosses geschah, legt er Landsberg aufs Trockene und die sozialdemokratische Fraktion in tödliche Verlegenheit. Dann hält der Reichsjustizminister eine frischfröhlichen deutschnationalen Agitationsrede, lobt den Stahlhelm, verteidigt Oberleutnant Düsterberg und erklärt, er halte es nicht für nötig, Fragen zu beantworten. Seinem eigenen Fraktionsgenossen, der nach ihm spricht, nimmt er damit die Köpfe aus dem Teig. Nur eine einzige ist verblieben: der deutschnationale Richter Lohmann verlangt Amnestie für Rechtsverbrecher.

Bis morgen, wo die Debatte weitergeht, wird Herr Hergt seine deutschnationale Siebkanne wieder aufgefüllt haben.

## Reichstagsitzungsbericht

Zur Begründung des Justizetats spricht Reichsjustizminister Hergt. Er beginnt mit einer allgemeinen Rede darüber, ob zu viel oder zu wenig Befehle gemacht worden seien. Von einer Vertrauenskrise der Justiz könne nicht die Rede sein. Die Politik werde durch die öffentliche Debatte erst in die Justiz hineingetragen. (1) Die Zahl der Strafverfolgungen wegen Hoch- und Landesverrats sei in den letzten Jahren stark zurückgegangen. 1927 sind deswegen 845 Anzeigen erstattet worden, zur Anklageerhebung kam es nur (1) in 49 Fällen.

Landsberg (SPD) führt verschiedene Fälle des Wirkens der Klassenjustiz an, unter denen sich Urteilsbegründungen des Reichsgerichts befinden, die zeigen, daß dieses oberste Gericht der deutschen Bourgeoisie die Verfolgung der kommunistischen Bewegung als eine wichtige Aufgabe betrachtet. Die Schilderung des Verfahrens gegen den kommunistischen Redakteur Kau ruft selbst bei den Demokraten lebhaftes Entrüstung hervor. Bei der Behandlung der Diktaturbestrebungen des Justizrats Claß hält Landsberg unter lebhaftem „Bravo“ der Sozialdemokraten eine Lobrede auf die Verfassungstreue Hindenburgs. Ein Kommunist, der nur einen kleinen Teil dessen getan hätte, was Claß getan hat, hätte sich für die nächsten Jahre nicht um Quartier zu bemühen brauchen.

Reichsjustizminister Hergt erklärt zur Kritik der Rechtsprechung, es sei unmöglich, im Reichstag einige Urteile und ihre Begründung zu besprechen. (Stürmischer Widerspruch, Zwischenrufe der Kommunisten.) Aus den Akten des von Landsberg vorgetragene Falles aus Hannover, wo die Maschinen einer kommunistischen Druckerlei unbrauchbar gemacht worden sind, ist zu ersehen, daß dies auf Anordnung des Oberpräsidenten Kosses geschah. (Hört, hört!)

Hergt hält eine begeisterte Verteidigungsrede für den Stahlhelmführer Düsterberg und geht auf die Frage des § 48 ein. Als ihm zugerufen wird, er solle seine Stellung dazu äußern, erklärt dieser parlamentarische Justizminister: „Ich halte es nicht für nötig, auf Fragen, die hier an mich gestellt werden, zu antworten.“ (Starker Widerspruch)

Lohmann (Dn.): Gerade im demokratischen Staat muß die Unabhängigkeit der Richter als Gegengewicht bestehen. Er verteidigt den Oberstaatsanwalt und Niedner. Zum Schluß verlangt er Amnestie für die Rechtsverbrecher. Die Verhandlungen werden damit abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 14 Uhr.

## Die Kandidatur des „Bluthundes“

Zahme Opposition der „Linken“ — Kräftige Propaganda für Kosses auf Geheiß des Parteivorstandes

Berlin, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen der SPD nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Plauen nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß in dem Wahlkreis Weier-M. der Versuch gemacht wird, den früheren Reichswehrminister Kosses als sozialdemokratischen Reichstagskandidaten aufzustellen. Ohne im mindesten in das Entscheidungsrecht der nordwestlichen deutschen Parteigenossen einzutreten zu wollen, erklärt die Versammlung, daß die Kandidatur Kosses für die Partei politisch untragbar ist und daß sie gerade im Wahlkreis Chemnitz-Plauen-Zwischen schwersten Schaden für die Partei anrichten müßte. Die Versammlung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Reichstagskandidatur Kosses.“

Die Breslauer Parteifunktionäre der Sozialdemokratie beschließen folgende Resolution:

„Falls dem Genossen Kosses die Reichstagskandidatur angeboten wird und ihn nicht eigenes Tatgefühl bewegen sollte, die Kandidatur abzulehnen, wird der Parteivorstand ersucht, die Kandidatur abzulehnen, daß diese Kandidatur unerschleibt. Die darauf hinzuwirken, daß diese Kandidatur erschweren und den Wahlerfolg geradezu gefährden. Die Stellungnahme ist schon Gegenstand der erbittertesten Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft dargestellt. Die Stellungnahme wird gebeterisch gefordert, da Kosses noch in letzter Zeit den vollstweckenden Ruf des Bürgerblattdiktators Luther unterschrieb und damit aufs neue die Partei gefährdet hat.“

Während die „Linken“ sich aus wahltaktischen Gründen gegen die Kandidatur Kosses wenden, betreibt neben der Rheinischen Zeitung und anderen SPD-Organen auch die Münchener Post mit ihrer Schreiweise eine Kampagne für den Wahlerfolg des „Bluthundes“, und schreibt:

„Mit kräftiger Hand hätte Kosses 1918 in komplizierter Lage sein Werk angefaßt. Wenn Deutschland aus gefährlichem Chaos gerettet wurde, so gehörte der Hauptteil dem Verdienst Gutsav Kosses. Bieleisel Mitarbeiter in einer immer noch kühnlich bewegten Zeit sind auf seinen Namen heraufgezogen worden. Das Kapp-Lubendorff-Zwischenpiel hat seine Latkraft nicht erschüttert. Kosses hätte seine und des Volkes Sache zweifello durchgekämpft bis zu einer reinlichen Entscheidung.“

Die Arbeit für die Durchsetzung der Kosses-Kandidatur geht also auf Anordnung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zielbewußt weiter. Die „Linken“ verhalten sich mit paperernen Resolutionen die Arbeiter bewußt zu täuschen über die Bedeutung der Kosses-Kandidatur. Sie hat gegen den „Genossen Kosses“ persönlich gar nichts einzuwenden. Sie weigert sich nur in leeren Worten aus wahltaktischen Gründen und will die Arbeiterschaft damit zugleich täuschen über den Kurs der gesamten SPD.

## Der mitteldeutsche Kampf

Halle, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Aussperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die gestern in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich reißlos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000. In Halle sind es 8000 Arbeiter, jedoch zum Teil Streikende. In Halle a. S. sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Merseburg nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Außer der Aussperrung in Freital und Riela Orte, die gar nicht dem mitteldeutschen Tarifvertrag angeschlossen sind, hat auch die Zetzer Eisenwerke ihre Belegschaft gekündigt und auf die Straße geworfen. Die Kampfbegeisterung der ausgesperrten und freifonden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut.

# Die Hüttenarbeiterausperrung in Sachfen

## Nacht Stunden und nicht länger!

Die Metallarbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke in Gröbzig hatten es abgelehnt, sich dem Schiedsgericht in der Hüttenindustrie, der den 9. bis 10-Stunden-Tag bei vollständiger Wiedereinführung der Sonntagsarbeit bringt, zu fügen. Nach 8 Stunden verlassen sie die Betriebe. Ebenso forderten die Arbeiter der Lauchhammerwerke in Kiesa die Durchführung des Achtstundentages. Der Schiedsgericht in der Sächsischen Hüttenindustrie bedeutet, daß z. B. die Arbeiter an den Martinöfen nur drei Sonntage im Jahre frei haben (Ostern, Pfingsten, Weihnachten). Da nur 60 Prozent des Lohnverlustes, der durch Arbeitszeitverkürzung entsteht, ausgeglichen wurde, bedeutet der Schiedsgericht eine Lohnsenkung. Obendrein hat die Direktion das Recht, wenn es die „wirtschaftliche Notwendigkeit“ erfordert, die Arbeitszeit weiter zu verlängern. Unter dem Druck der Arbeiter haben nunmehr die Gewerkschaftsführer erklärt, daß der Schiedsgericht ungeschiedlich sei, da er nicht den in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli verordneten Achtstundentag bringt.

Die Arbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke haben vom DMB verlangt, daß er mit derselben Begründung auch die Metallarbeiter des Rheinlandes zum Kampfe aufrufe. Denn auch die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe haben den Achtstundentag nicht erhalten. Für die Mehrheit dieser Arbeiter gilt die 57-Stunden-Woche. Die Vertreter des DMB erklärten, daß im Ruhrgebiet 284 000 Arbeiter in Betracht kämen, aber infolge des ungenügenden Organisationsverhältnisses nicht aufgefordert werden könnten, nach 8 Stunden die Betriebe zu verlassen bzw. den Streik durchzuführen. Das ist eine bewußte Forderung. Nachdem der Schiedsgericht in der Hüttenindustrie gefaßt war und die Industriellen sogar die Durchführung dieses reaktionären Schiedsgerichtes sabotierten, haben die Arbeiter der Stahlwerke in Bochum erklärt, daß nach Durchbrechung des Schiedsgerichtes durch die Industriellen die Arbeiter erst recht keine Veranlassung haben, diesen Schiedsgericht einzuhalten. Nach 8 Stunden verlassen sie die Betriebe und verlangten von der Bezirksleitung des DMB die Einbeziehung der anderen Metallbetriebe in den Kampf für die ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter: Achtstundentag, Lohnausgleich, 10 Pfennig Lohn-erhöhung. Was geschah aber? Die Vertreter des DMB reisten nach Düsseldorf und handelten über die Forderungen der Metallarbeiter. Es ist eine Lüge, wenn die DMB-Bureokratie erklärt, die Metallarbeiter wollen nicht kämpfen. Die Belegschaften der wichtigsten Metallbetriebe haben klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß — wenn der DMB ruft — der Kampf geschlossen aufgenommen wird. Der Kampf um den Achtstundentag in den Bochumer Stahlwerken hat bewiesen, daß auch die Unorganisierten rechtlos den Betrieb verlassen haben. Gerade durch den Kampf um den Achtstundentag, durch Ablehnung des reaktionären Schiedsgerichtes wurde es möglich, gewisse, große Teile der Unorganisierten durch die Tat von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

Die Direktion der Mitteldeutschen Stahlwerke hat den Kampf der Arbeiter für den Achtstundentag mit der **Ausperrung von 8000 Arbeitern** beantwortet. Die Sozialdemokraten wollen jetzt dieselbe Taktik anwenden wie in Bochum. Das zeigt eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten **Dobbert** im Sächsischen Landtag am 19. Januar:

**Dobbert** richtet an das Arbeitsministerium die Frage, ob nicht ein Eingreifen der amtlichen Schlichtungskommission in diesem Kampfe beabsichtigt ist, wie dies auch bei anderen Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen gewesen ist. Es müßte dies aus allgemeinen rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen tun.

Also daselbe Arbeitsministerium, das nichts anderes als ein Organ des Verbandes der Sächsischen Industriellen ist und das bisher den Metallindustriellen geholfen hat, den Achtstundentag zu verhindern, soll jetzt nach dem Wunsche der Sozialdemokraten eingreifen. Kein Wort von der Notwendigkeit der Organisation des Kampfes, kein Wort von der Notwendigkeit der Einbeziehung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, kein Wort von der Notwendigkeit der Verbreiterung der Kampffront durch Einbeziehung der Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe, die gegenwärtig unter den Bedingungen eines gleichen Schiedsgerichtes kämpfen müssen.

**Unterbindung von breiten Streikbewegungen, Gebete zum Arbeitsministerium, damit aus „wirtschaftlichen Gründen“ ein Schiedsgericht gefaßt wird, das kennzeichnet die reformistische Niederlagenstrategie.**

## Die Ausperrung in Freital

Wie uns aus Freital berichtet wird, ist es der Direktion der Gukhtahlütte nicht gelungen, auch nur einen einzigen Streikbrecher zu gewinnen. Die Notstandsarbeiter, die von der Direktion in großem Umfang angefordert wurden, haben die Arbeit nicht aufgenommen, weil die Direktion nicht bereit war, der Forderung auf achttündige Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Die Direktion verlangte von den Notstandsarbeitern nicht nur die Arbeitszeit nach dem Schiedsgericht, sondern nach der alten Regelung, nach der die Arbeiter 12 Stunden im Betrieb arbeiten sollen. Die Direktion geht jetzt dazu über, die Lehrlinge 10 Stunden arbeiten zu lassen. Die Angestellten haben diese Sachen bekommen und werden von der Direktion zu Streikbrecherarbeiten herangezogen. Die bisher als Arbeiter oder Arbeiter-tätigen Obermeister des Stahlwerkes sind aus dem Arbeiter-tätigen Angehörigenverhältnis übernommen worden und arbeiten in dem Betrieb zu halten. Die aus Oberleuten in den Gukhtahlütten beschäftigten Obermeister und Schmelzer haben sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärt und sind teils bereits gestern abgereist. Die Oberleuten, auf die teils von der Direktion große Hoffnungen gesetzt wurden, haben sich mit ihren kämpfenden Kollegen solidarisch erklärt. Für heute waren, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen für die gesamte sächsische Hüttenindustrie vorgesehen. Die Verhandlungen sind aber abgebrochen worden. Unter der Arbeiterschaft der Gukhtahlütte herrscht eine gute Kampf Stimmung. Am Freitag wird erneut eine große Streikversammlung zusammengetreten.

## Der Streik der Kanalschiffer

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Die Schlichtungsverhandlungen im Konflikt der westdeutschen Kanalschiffer sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis der Forderungen der Schiffer ab. Der Verhandlungsvorsitzende machte den Arbeitervertretern als **Verhandlungsvorschlag** unannehmbare Zumutungen in der Lohnfrage und verlangte den Abschluß auf sehr lange Zeit. Diese Forderungen wurden abgelehnt. Die Verhandlungen wurden **Ms auf weiteres** verlagert. Der Kampf geht weiter und wird

von den Reedern mit allergrößter Brutalität geführt. Die Schiffer werden mit Polizeigewalt brutal aus ihren Wohnungen an Bord der Schiffe auf die Straßen geworfen und sind mit ihrer Habe obdachlos. Der Kampfwillen der Kameraden in der westdeutschen Kanalschiffahrt ist ungebrochen und wird durch die Unternehmerbrutalität noch gesteigert. Sie wollen den Kampf bis zum Sieg durchsetzen.

## „Neuer Krach im Blut“

Unter dieser Überschrift berichtet gestern die Dresdner Volkszeitung über die Differenzen des Bürgerblocks über den 8. 20 des Reichsschulgesetzes. Die Volkszeitung stellt, wie die gesamte sozialdemokratische und bürgerliche Presse, die Behauptung auf, eine Einigung über diesen, die Simultananklagen betreffenden Paragraphen sei nicht möglich. Der Bürgerblock befindet sich wieder in einer Krise. Der Jubel über ein neues Bündnis, an dem der Bürgerblock wahrscheinlich in die Brüche gehen würde, war aber verfrüht. Heute wird bereits gemeldet, daß der interfraktionelle Ausschuss der Bürgerblockparteien ein Kompromiß beschlossen hat, dergestalt, daß der Staatsgerichtshof entscheiden soll, auf welche Länder der folgende, von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag zum 8. 20 des Schulgesetzes Anwendung finden soll. Dieser Antrag, den die Volkspartei natürlich nicht gestellt hat, um ihren „Liberalismus“ gegenüber ihren Wählern zu betonen, lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Befreiung nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Satzung besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande.“

Dieser Antrag soll dazu dienen, die Simultananklage dort, wo sie besteht, zu erhalten. Zudem man die Entscheidung, auf welche Länder dieser Antrag anzuwenden ist, dem Staatsgerichtshof überläßt, ist von vornherein damit zu rechnen, daß die Entscheidung des letzteren nur in futuristischen Sinne, d. h. den Zentralplänen entgegenkommend, fällt.

Wie dem Krach im Bürgerblock unter Sprengung der Regierungskoalition war es also wieder einmal nichts. Die Arbeiterschaft muß den außerparlamentarischen Kampf verstärken. Das Aufheben eines jeden kleinen Konflikts durch die SPD-Presse soll die Arbeiter über die tatsächliche Lage hinwegwähnen und bedeutet nichts anderes, wie eine Unterjochung des Bürgerblocks.

## Um die Nachfolge Niedners

Während Herat im Reichstag die Klassenjustiz warm verteidigt, bemüht sich der Reichsrat um einen Vorschlag für die Nachfolge von **Niedner**. Natürlich muß es ein Richter sein, der den Kurs nicht ändert. Verfolgung gegen die Kommunisten ist die Hauptsache. Im Reichsrat wurde deswegen der bisherige zweite Senatspräsident **Lorenz**, ein Mann, der den Niedner-Kurs hundertprozentig mitmacht, vorgeschlagen. Da sich aber auch um diesen Posten die Parteien rufen, wurde eine Entscheidung noch nicht gefaßt.

Die linksbürgerliche Presse, wie das Berliner Tageblatt, hatte sich bekanntlich veranlaßt gesehen, gegen die Ernennung des Reichsgerichtsrats **Lorenz** als Nachfolger **Niedners** zu protestieren, da **Lorenz** die verberbliche Rechtsprechung **Niedners** auf dem Gebiete des Hoch- und Landesrats in allen Punkten mitgemacht hat. Zur Verteidigung **Niedners** und des kommenden **Lorenz** erarbeitete jetzt der „demokratische“ Oberleutnant **Ebermeyer** das Wort. Er lehnt sich für die Wahl von **Lorenz** ein und gibt seinen demokratischen Freunden und zugleich den Sozialdemokraten folgende Hinweise:

„In Wirklichkeit war **Niedner** weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin objektiv; er war weder ein „Kommunistenfürer“, noch ein „Schutzpatron der Rechten“. Daß die meisten Urteile des Staatsgerichtshofes, der ursprünglich als Waffe gegen rechts gedacht war, sich gegen links richteten, war ein Treppennuß der Weltgeschichte, aber nicht die Schuld **Niedners**. Wenn man ihn für die angeblich partielle Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes — sie war es niemals — verantwortlich machen will, so vergißt man jenseitig, daß **Niedner** nicht Einzelrichter war, daß vielmehr neben ihm im **EGH** sehr „ausgesprochene Republikaner“ saßen, die sich aber ebenso wie er ihrer Richterplicht wohl bewußt waren und von keinem von ihnen hat man jemals öffentlich oder im Privatgespräch den Vorwurf gehört, daß **Niedner** es an der erforderlichen Objektivität habe fehlen lassen.“

## Gegen den Roggenrentenfoucher

### Roggenrentenschulden im Rechtsausschuß — Kampf um den Berichterstatter über das Polizeigesetz

Der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtags sollte gestern das Polizeiamtengesetz behandeln. Als Berichterstatter war von den Vorstehenden **Genosse Sievert** bestimmt worden. Den Bürgerlichen, einschließlich der KSP, lag aber der Berichterstatter nicht zu. Sie beriefen sich darauf, daß **Genosse Sievert** nicht händiges Ausschussmitglied sei. Der Vorstehende, **Genosse Renner**, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Zulassung eines nicht-händigen Mitgliedes als Berichterstatter nach der Geschäftsordnung zulässig sei. Er lehnte es ab, einen anderen Berichterstatter zu bestimmen. Die Beratung des Gesetzes wurde vertagt, der Vorkommensausschuß soll zu der Frage nun Stellung nehmen.

Neben der Behandlung einiger anderer Anträge stand ein kommunistischer Antrag über die Bewilligung von Darlehen für die Roggenrentenschuldner und die Verhinderung von Zwangsversteigerungen zur Beratung.

Da der Antrag Maßnahmen für die kleinen und mittleren Bauern forderte, da er im Interesse der kleinen Bauern Eingriffe in das Eigentum der Roggenrentenbesitzer forderte, stand die gesamte Front der Regierungsparteien geschlossen gegen diesen Antrag. Auch die SPD wendete sich gegen den Antrag. Ihr Vertreter, **Schulze**, erklärte, die Anträge seien unannehmbar, sie haben unabsehbare Folgen. Man müsse dann auch alle anderen in Not Geratenen unterstützen. Als von anderem **Renner** darauf hingewiesen wurde, daß wir es für eine sozialistische Aufgabe betrachten, daß alle in Not geratenen Werktätigen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmöglichkeit unterstützt werden müssen, wendete sich **Schulze** dagegen und erklärte, sie unterstützen die Bauern nicht, sie wollen die Arbeiter gewinnen. Der zweite Teil des kommunistischen Antrages richtete sich gegen die jetzige Gesellschaftsordnung und forderte deren Beilegung. Das sei aber unmöglich.

Diese Hinstellung der Sozialdemokraten für die bürgerlichen Parteien wurde von diesen freudig begrüßt. Den Deutschen und den Demokraten waren die Anträge sichtlich unannehmbar. Sie vertrauten sich nicht, Stellung gegen die arbeitenden Bauern unterstützenden Anträge zu nehmen. Sie verlangten Vertagung, um in den Fraktionen die Anträge zu beraten. Als dann die Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien gegen die arbeitenden Bauern zu Hilfe eilten, fanden die Deutschen und Demokraten den Mut, gegen die Anträge aufzutreten. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden die Anträge abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß sie Maßnahmen ergreifen habe, um Zwangsversteigerungen zu verhindern. Die Roggenrentenschuldner sollen die Zinsen für das tatsächlich erhaltene Kapital zahlen, die Differenz zum letzten Zinsjahre sollte vorläufig die Regierung zahlen.

Von Seiten der Reichsregierung sollen weitere Maßnahmen zur Beilegung des jetzigen Zustandes gefordert werden.

### Reine Verprechungen für die Mieter.

Einen breiteren Raum nahm auch die Beratung über einige Anträge zur Änderung der Verordnung über den Mieterrecht für Gewerberäume ein. Ein sozialdemokratischer Antrag ver-

## Milliarden Geschenk für die Großbauern

Die Vorzüge der Großbauern zur Erlangung von Millionenangeboten finden bei der Bürgerblockregierung naturgemäß das größte Entgegenkommen. Die bisherigen Erklärungen des Reichsfinanzministers Schiele, der zugleich im Namen der gesamten Bürgerblockregierung sprach, haben die Unterjochungsbereitschaft der „notleidenden“ Großbauern deutlich zu erkennen gegeben. In der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses erklärte der Abgeordnete **Kling** (Bauernbund), dem die Zukunftspläne der Bürgerblockregierung noch zu gering schienen, daß man nicht davor zurückschrecken werde, große Strafrenditen zu organisieren, bei denen es auch zur Zerschlagung von Finanzämtern kommen könne, wenn dem Verlangen und den Forderungen der Großbauern nicht voll Genüge geleistet werde. Der deutschnationale Abgeordnete **Jandern** faßte sogar etwas von „Resolution der Landwirte“.

Aus den weiteren Verhandlungen des Haushaltsausschusses war zu ersehen, daß die Bürgerblockregierung drauf und dran ist, Auslandsanleihen ungefähr in einer Höhe von einer Milliarde Mark aufzunehmen, um diese ungeheure Summe als erste Rate der Landwirtschaft zur Unterstützung zu verwenden. Es ist klar, daß diese Milliarden Summe fast reiflos in den Händen der großagrarischen Mitglieder des Reichslandbundes hängen werden, während die wirklich notleidenden Kleinbauern von diesem Gelde nichts zu sehen bekommen.

Wenn es sich um kleine Landwirte handelt, dann zeigen die bürgerlichen Parteien ein anderes Gesicht. Das beweisen die jetzigen Verhandlungen des sächsischen Rechtsausschusses, das ich bald Forderungen für Kleinbauern sehen, der **Blod** von SPD bis zu den Deutschen Nationalen sich gegen jede Unterstützung wendet.

## Weder Aniana — noch Ende

„Das Ende“ — so überschreibt die „Linke“ Chemnitzer Volksstimme einen Leitartikel, in dem sie Stellung nimmt zu einem Rundschreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners über das Verhältnis zur Alten Sozialdemokratischen Partei. Die höchste Instanz des Reichsbanners hat endlich das Licht der Wahrheit zwischen sich und den Altsozialisten, deren Fahrt in das Lager des Feindes der Republik ein immer rasanteres Tempo annahm. Es hat lange gedauert, bis dieser notwendige Schritt ergriffen wurde. Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. 1. 1928 der Unwille der Reichsbannerarbeiter das Ohr des schwerhörigen Hörings erreichte. Und Höring hat nur ein Ohr gehört und gerade jetzt geantwortet, weil es ihm in den Kram paßt. Wahlen stehen bevor. Der Friede mit den Reichsmitgliedern der KSP, die Lokalitäts- und Ortsgruppen gegenüber dem Bürgerblock, die Begründung **Greeners** durch **Scheidemann** sind angebracht als Ergebnissadresse „nach oben“, aber der „Krahe des Stimmzuges“ gegenüber braucht man radikale Gesten. Und die sächsischen „Eintracht“ gar wollen den Anfechtung erwidern, als sei durch den Bundeserlass Hörings eine neue Ära der Reichsbannerpolitik eröffnet. Es soll vergessen sein, daß die Altsozialisten die lieben Kinder des Parteivorstandes sind, daß zwischen dem **Scheidemann**-Stamper und dem **Scheidemann**-Krahe praktisch kein Unterschied besteht. **Stamper** kennt sich heute noch halb mit Politik aus, **Scheidemann** nicht mehr. **Scheidemann** nennt den Befehl **Greeners** im Januar 1918: „Ein Hundstot, wer streift“ heute noch: „ein gutes Wort“. Warum wird dem kleinen **Niedlich** als Sünde angerechnet, was dem großen **Scheidemann** erlaubt ist? Eben weil **Scheidemann** so weiter Millionen Werktätigen an die deutsche imperialistische Politik fesseln kann. Der Sozialfaschismus der KSP ist das eheliche Kind der reformistischen Politik. Daß diese Erkenntnis auch den Reichsbannerarbeitern dämmert, beweist das Manöver **Hörings**. Denn es handelt sich weder um einen „Anfang“, noch um ein „Ende“, sondern nur um ein Manöver **Hörings**. Das werden die Reichsbannerarbeiter bald merken, wenn sie **Höring** ernst nehmen wollen. **Höring** hat das Licht der Wahrheit ergriffen keineswegs verflüchten. Er hat die Altsozialisten die Offensive gebietet: sie sind zum Stahlhelm gelaufen, obwohl ihre Partei noch offizielle Reichsbannerpartei war. **Jandern** denkt **Höring** gar nicht an den Ausschluß all der „bewährten Führer“ der KSP. In dem Rundschreiben heißt es ausdrücklich: „Es muß deshalb geprüft werden, inwieweit Mitglieder der KSP sich heute noch als wirkliche Republikaner und Demokraten fühlen und betätigen... Davon hängt es ab, ob sie ferner als Mitstreiter im Reichsbanner anerkannt werden können. Wir bedauern außerordentlich, daß wir zu diesem Beschluß... gezwungen wurden. Reherbedauer liegt uns fern. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Kameraden der KSP... dafür Sorge tragen, daß ihre Rückkehr zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands so bald als möglich erfolgt.“ Also nicht Ausschluß und „Ende“, sondern Rückkehr zur KSP! Die „linken“ Führer werden bald einsehen müssen, daß es nicht so leicht ist, **Hörings** Manöver zu bemänteln.

Die Altsozialisten, die sich heute noch halb mit Politik auskennen, werden bald einsehen müssen, daß es nicht so leicht ist, **Hörings** Manöver zu bemänteln.

## Gegen den Roggenrentenfoucher

### Roggenrentenschulden im Rechtsausschuß — Kampf um den Berichterstatter über das Polizeigesetz

Der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtags sollte gestern das Polizeiamtengesetz behandeln. Als Berichterstatter war von den Vorstehenden **Genosse Sievert** bestimmt worden. Den Bürgerlichen, einschließlich der KSP, lag aber der Berichterstatter nicht zu. Sie beriefen sich darauf, daß **Genosse Sievert** nicht händiges Ausschussmitglied sei. Der Vorstehende, **Genosse Renner**, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Zulassung eines nicht-händigen Mitgliedes als Berichterstatter nach der Geschäftsordnung zulässig sei. Er lehnte es ab, einen anderen Berichterstatter zu bestimmen. Die Beratung des Gesetzes wurde vertagt, der Vorkommensausschuß soll zu der Frage nun Stellung nehmen.

Neben der Behandlung einiger anderer Anträge stand ein kommunistischer Antrag über die Bewilligung von Darlehen für die Roggenrentenschuldner und die Verhinderung von Zwangsversteigerungen zur Beratung.

Da der Antrag Maßnahmen für die kleinen und mittleren Bauern forderte, da er im Interesse der kleinen Bauern Eingriffe in das Eigentum der Roggenrentenbesitzer forderte, stand die gesamte Front der Regierungsparteien geschlossen gegen diesen Antrag. Auch die SPD wendete sich gegen den Antrag. Ihr Vertreter, **Schulze**, erklärte, die Anträge seien unannehmbar, sie haben unabsehbare Folgen. Man müsse dann auch alle anderen in Not Geratenen unterstützen. Als von anderem **Renner** darauf hingewiesen wurde, daß wir es für eine sozialistische Aufgabe betrachten, daß alle in Not geratenen Werktätigen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmöglichkeit unterstützt werden müssen, wendete sich **Schulze** dagegen und erklärte, sie unterstützen die Bauern nicht, sie wollen die Arbeiter gewinnen. Der zweite Teil des kommunistischen Antrages richtete sich gegen die jetzige Gesellschaftsordnung und forderte deren Beilegung. Das sei aber unmöglich.

Diese Hinstellung der Sozialdemokraten für die bürgerlichen Parteien wurde von diesen freudig begrüßt. Den Deutschen und den Demokraten waren die Anträge sichtlich unannehmbar. Sie vertrauten sich nicht, Stellung gegen die arbeitenden Bauern unterstützenden Anträge zu nehmen. Sie verlangten Vertagung, um in den Fraktionen die Anträge zu beraten. Als dann die Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien gegen die arbeitenden Bauern zu Hilfe eilten, fanden die Deutschen und Demokraten den Mut, gegen die Anträge aufzutreten. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden die Anträge abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß sie Maßnahmen ergreifen habe, um Zwangsversteigerungen zu verhindern. Die Roggenrentenschuldner sollen die Zinsen für das tatsächlich erhaltene Kapital zahlen, die Differenz zum letzten Zinsjahre sollte vorläufig die Regierung zahlen.

Von Seiten der Reichsregierung sollen weitere Maßnahmen zur Beilegung des jetzigen Zustandes gefordert werden.

### Reine Verprechungen für die Mieter.

Einen breiteren Raum nahm auch die Beratung über einige Anträge zur Änderung der Verordnung über den Mieterrecht für Gewerberäume ein. Ein sozialdemokratischer Antrag ver-

## Die SPD für die arbeitenden Bauern

Die kommunistische Fraktion stellte gestern im Rechtsausschuß des Landtags folgenden Antrag:

1. Die Regierung zu ersuchen:

- eine Verordnung zu erlassen, nach der alle Zwangsversteigerungen aus Anlaß der Roggenrentenschulden zu unterbleiben haben;
- von jeder auf juristischer Grundlage angeordneten Zwangsversteigerung ist dem Wirtschaftsministerium Mitteilung zu geben, welches in Verbindung mit dem Arbeits- und Wohlfahrts- sowie dem Finanzministerium Maßnahmen zur Verhinderung der Zwangsversteigerung durchzuführen hat;
- sofort Mittel bereitzustellen, um Zwangsmassnahmen durch Zurverfügungstellung von Darlehen zu niedrigem Zinsfuß zu verhindern;
- den mit Schulden der Roggenrentenbank belasteten bäuerlichen Betrieben, soweit diese dadurch in Notlage geraten sind und deren Besitz den Wert von 20 000 RM nicht übersteigt, sofort Darlehen zu niedrigem Zinsfuß zur Abzahlung der Roggenrentenschuld zur Verfügung zu stellen.

2. Bei der Reichsregierung zu beantragen:

- für den Landbesitzerroggenrentner einen Zwangsdarlehens in Höhe von 8 RM festzusetzen;
- zu verfügen oder auf dem Wege des Gesetzes zu bestimmen, daß die getragenen Roggenrentenschulden — soweit sie 8 Prozent übersteigen — auf die Schuldsumme angerechnet werden;
- die nach dem Aufwertungsgehalt dem entgegenstehenden Bestimmungen aufzuheben.

Am 25. Januar 1928. Renner, Siegel.







# Aus dem oberen Elbtal

## Proletarische Erziehung

**Pirna.** Daß der Sender auf der Gartenstraße wieder erblüht, ist Tatsache. Die Station ist modernisiert worden. Die Zellantenne hat man zum alten Eisen geworfen und sich des Funkens bedient. Aber nicht nur der technische Apparat hat eine Erneuerung erfahren, auch der zu funkende Stoff ist in neuer Aufmachung zu vernehmen. Ganz dem Jahr 1928 angepaßt. Ein Jahr schwerer Kämpfe für das Proletariat soll 1928 werden. Die Angriffe des verletzten Bürgertums auf die Existenz der Arbeiterklasse werden an Brutalität alles Bisherige übersteigen. Man braucht gar nicht zu den Propheten eines Schicksals zu gehen, dessen 50 Prozent noch immer der Erfüllung harren, wenn wir behaupten, daß die Metallarbeiterbewegung das erste Frühjahrgewitter ist. Angesichts dieser Tatsache hat nun die Senderverwaltung geglaubt, sie müsse die erste Zeit mit etwas poetischem Gewürz versehen. Unser Deklamator beim Sender geht unter die Diktierlinge und versucht, dem Anzeiger, Ernst Heiter, sein Debüt freitig zu machen.

Katzenfuchseln erhebt er seine Leiter auch antikommunistisch zu stimmen. Er stellt fest, daß in einer Rekordzahl von 16 Artikeln die Arbeiterstimme gegen die Volkszeitung und damit gegen die Sozialdemokratie geschrieben habe, trotzdem das Bürgertum ein gemeinlicher Feind sei. Ganz vergessen hat natürlich der gute Dichter, daß die Volkszeitung ganze Seiten verwendet, um die Kommunisten bei der Arbeiterklasse als Feinde des Sozialismus zu verächtlichen, während sie ihre ehemaligen, von ihr ebenso gehassten Oppositionsmänner heute als die Heiligen der Demokratie verherrlicht. Und sie verschweigen, daß sie gemeinsam mit dem Bürgertum die rebellierenden Arbeiter niederhalten... Sie haben es aber auch bitter notwendig, gegen die Kommunisten zu Felde zu ziehen. Denn immer häufiger wird der Drang der Arbeiter in ihren Reihen — los von Weis und Koste.

So lesen wir in einem Bericht in der Volkszeitung vom Freitag dem 20. Januar unter Lauenstein: „... sowie über die von verschiedenen Seiten, so selbst von einigen Leuten aus unseren Reihen geübte Anfeindung der von der Arbeiterwohlfahrt veranstalteten Weihnachtsfeier...“ die Anfeindungen erlitten eine gerechte Zurückweisung... Sicher war einigen proletarisch fühlenden Genossen in Lauenstein der bürgerliche Klimax der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt denn doch etwas zu dick. Auch in anderen Orten können wir die Anfeindungen beobachten, die aufgewendet werden, um die Arbeiter bei der Koste-Partei zu halten.

Jedenfalls war den Arbeitern in Lauenstein, die noch in der SPD sind, durch die Weihnachtsfeier der Charakter der SPD klar geworden und sie erkannten, daß die SPD sich nur noch in Worten, nicht aber im Charakter von dem Bürgertum und seinen Einrichtungen unterscheidet.

Wir wollen diese unsere Behauptung nur mit der Betrachtung zweier Veranstaltungen belegen; als erste eine Weihnachtsfeier vom Schulverein in Heidenau unter Leitung von sozialdemokratischen Lehrern, ganz wie bei den kirchlichen, nur andere Worte. Für die Arbeiterklasse ist dies aber genug. Eine andere ist die Aufführung des „Hampelmanntrikens“ in Pirna, ausgeführt vom Arbeiterturnverein unter Leitung sozialdemokratischer Prominenten. Da hat man große Kraft aufgewandt, um Arbeitern ein Märchen schmackhaft zu machen, wie ein armer Junge als tüchtiger Kerl einen Prinzen aus einem verzauberten Schloß befreit. Märchen von Betrugsbefreiung, das sind die Arbeiten, die eine proletarische Organisation, wie es ein Arbeiterturnverein sein soll, bietet. Oder soll es eine verächtliche Kritik darstellen an der Rettung des Kapitalismus in Deutschland aus den Händen der Revolution durch die Koste, Scheidemann, Weis...? Das selbe trifft auch auf die Volksbühne in Pirna unter sozialdemokratischer Regie zu, die die langwierige Arbeiterklasse mit schon längst in der Pampelmanntrikens der bürgerlichen Bühne befindlichem Operettentatzen füttert. Auch hier 100 Jahre zurück in der Kultur.

So sieht die Erziehung des Proletariats durch die Sozialdemokratie aus. Ein Arbeiter, der auf seine proletarische Sauberkeit hält, wendet sich ab von solchen Kostgütern und schließt sich der renovatorischen Kührerin des Proletariats, der kommunistischen Partei, an. Wer manchmal fähig der Weg über viele Hindernisse und Irrtümer, wer aber gesunden Klasseninstinkt besitzt, findet ihn doch...

## Stadtverordnetenversammlung vom 17. Januar in Pirna

In Beginn der Sitzung trug der Vorsteher Kenter den Jahresbericht vor, aus welchem die für die Pirnaer Arbeiterklasse wenig segensreiche Arbeit des Stadtverordnetenkollegiums zu erkennen war. Ihm folgte die Neuwahl des Präsidiums. Hierbei zeigten sich zwei Momente, an denen die Arbeiter nicht achtlos vorbeigehen können. Der demokratische Professor Heinrich, als Vertreter der Mitte, schlug den Sozialdemokraten vor, sie sollen als 2. Vorsteher einem bürgerlichen Kandidaten die Stimme geben, in diesem Falle sollte die Mitte den sozialdemokratischen Vorsteher Kenter wieder wählen. Der sozialdemokratische Fraktion lehnte dies ab mit der Begründung, sie wüßten das Präsidium nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammenzusetzen. Hier zeigte sich nun wieder einmal: die Sozialdemokraten sind koalitionsfähig für das Bürgertum, der gemeinsame Kampf geht nur gegen die Kommunisten. Lehnte die SPD den Vorschlag der demokratischen Mitte aus Klassengefühl ab? Beileibe nicht! Die Furcht vor der Arbeiterklasse war es. Und die Begründung? — Ein sozialdemokratisches Kunststück! Nicht warm, nicht kalt, nicht heiß noch heiß. Gewählt wurden dann der Sozialdemokrat Kenter als Vorsteher, unter Gen. Petters als 2. Vorsteher und der Kriegsbefehlshaber Würtlich als 2. Vizevorsteher. Schon beim nächsten Punkt zeigte die SPD-Fraktion wieder ihre für die Arbeiterklasse so „erfolgreichende“ Tätigkeit. Von ihr stammt ein Antrag betr. Unterfütterung der Saisonarbeiter, welche nach der Verordnung des Dr. Sprung drei Wochen ohne Unterstützung leben sollen. Da nun diese Verordnung nur in bezug auf die Arbeiterklasse des Baugewerbes eine Milderung erfahren hat, zog die SPD-Fraktion ihren Antrag zurück. Wohlwollend ohne Begründung.

Zur Konstitution des Krankenhausauschusses wurde von Ratzele versucht, demselben, entgegen unserem Antrage, nur einschüchternde Befugnisse zu gewähren. Uninteressant wurde verlangt, daß dieser Ausschuss mitbestimmend sein soll bei allen Krankenhausangelegenheiten. Gegen 16 Stimmen wurde unser Antrag angenommen. Zum Antrag der Zentrumspartei Pirna, die letzte Stadtverordnetenwahl auf Grund des Reichsgerichtsurteils für Medlenburg für ungültig zu erklären, legte Genosse Hädel dazu unsere grundsätzliche Stellungnahme vor. Nicht sich doch unsere Einstellung nicht nach den Urteilen eines Reichsgerichtes. Immer haben wir den Zweck hat, die Basis der Reaktion zu häuten. Der Antrag der Zentrumspartei verfiel der Ablehnung. Zur Bildung des Amtes für Leibesübungen wurde uninteressant beantragt, zu lesen: „und Jugendpflege“, weiter den Vertreter der höheren Schulen zu streichen und drei Stadtverordnete zu wählen. Dem wurde zugestimmt. Der nächste Antrag von uns betrafte, die von Pirna im Erziehungsheim Lohmisch des Magdalenen-Hilfsvereins untergebrachten Pflanzlinge sofort unterzuzubringen, etwaige bestehende Verträge mit dem Institut zu lösen und bei der Direktion Antrag auf Disziplinverfahren gegen den Pflanzler Hermann Datzig zu stellen. Die Vorfälle, die dazu geführt, sind unseren Lesern bekannt. Wichtig muß die Arbeiterklasse da zusammenstehen, denn nur die Arbeiter sind es, die man dort sadistisch misshandelt. Während der Ausführungen des Gen. Hädel hatten DRB und DB den Saal verlassen! Wie immer, zu

leit für die Taten einer der übrigen einzustehen, zu feig, einen Teil ihres eigenen Lohs zu decken oder ihn offen abzuschütteln. Aus dieser Sitzung des Pirnaer Kollegiums muß die Arbeiterklasse ihre Lehren ziehen.

## Verbannung nach Sibirien!

**Dohna.** So geht die Wahlkampagne der Volkszeitung ein, um die deutsche Arbeiterklasse von den Wahlen innerhalb der SPD abzulernen. Die gesamte wertvolle Bevölkerung zeigt für die Frage der russischen Opposition ein reges Interesse. Um nun allen daran Interessierten ein genaues Bild über Ursprung und Ausschlag der russischen Opposition zu geben, spricht am Mittwoch, dem 1. Februar, 19 Uhr, Genosse R. Klett in der Wärmehalle auf dem Sportplatz Dohna über diese Frage. Anschließend Aussprache und Fragenbeantwortung. Zu diesem interessanten Vortrag laden wir alle umgere Zeitungsleser sowie Sympathisierende freundlichst ein.

## Die „altbewährte“ SPD-Zeitung

**Struppen.** Am Dienstag, dem 17. Januar, fand die erste Sitzung der Gemeindevorstände im neuen Jahre statt. Von 10 Punkten der Tagesordnung sind nur einige, die berichtet zu werden verdienen, und zwar Punkt 2, Jahresbericht, wo der Vorstandsmitglied betonte, daß das verlossene Jahr in bezug auf die Sitzungen sehr fruchtbar gewesen wäre. Im großen ganzen von einigen Seitenherben gegen unsere Genossen abgesehen, war es ein klägliches Verhängnis. Punkt 3 erwiderte wieder Sturm, und zwar handelte es sich um die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden und dessen Stellvertreter. Genosse Lauerbach schlug den aus der SPD ausgeschiedenen Bürgermeister Klein vor. Genosse Hering begründete diesen Vorschlag. Knoblich (SPD) gab bekannt, daß der bisherige Vorsteher Richter aus Gesundheitsrücksichten das Amt nicht mehr bekleiden könne und schlug seinen Genossen Fröde vor. Andere Genossen konnten dem natürlich nicht zustimmen, wußten sie doch ganz genau, daß in der SPD-Fraktion es nur Richter ist, der lediglich seine Meinung diktiert, der sich auch Fröde fügt. Zu betonen ist, daß Fröde doch selbst einmal gegenüber dem Bürgermeister erklärt, daß er diesen nicht mehr mitmachen wolle. Die Abstimmung ergab 7 Stimmen für den Bürgermeister und 5 Stimmen für Fröde. Ueber dieses Ergebnis gab es laute Geschrei bei der SPD, hatten sie doch erwartet, mit Fröde Stimmen zu erreichen, denn daß Richter keine Mehrheit für sich gewinnen konnte, darüber waren sie sich im klaren. Zum 2. Vorstandsmitglied wurde von unserem Genossen Stefan unter Genosse Hering vorgeschlagen. Knoblich (SPD) schlug wieder Fröde vor. Richter zog den Antrag Knoblich zurück, ohne Aussprache innerhalb der Fraktion. Und Knoblich, der es vielleicht gutmüthig wollte, sah da mit seinen Kenntnissen; sein Herr und Gebieter dachte eben anders, und da hatte Knoblich gar keine Vorschläge zu machen. Da nur ein Vorschlag vorlag, ergrübelte sich jede Abstimmung, aber der große Kommunalpolitiker R. beantwortete, nach per Stimmentzettel abzustimmen. Dasselbe ergab 4 Stimmen für Genossen Hering, alle anderen Zettel waren unbedruckt.

Aus dem Verhalten war zu ersehen, daß der Schlauberger sehen wollte, ob die Bürgerlichen für unsere Genossen stimmen

würden. Er mußte sich aber eines besseren Befehrs leisten, als mit der Phrase bürgerlich-kommunistisches Ehebett was es nicht.

Punkt 8, Sportplatzfrage, wäre gar nicht nötig gewesen, denn etwas Besentlicheres wurde nicht vorgebracht, als die unteren Genossen in der letzten Sitzung vorgelegenen Maßnahmen. Es erwiderte der Richter, daß die SPD die Defensivhaltung herauswolle. Richter erklärte in der letzten Sitzung, daß sie in derselben bleiben wollten, sollte es noch um unserer Einwohnerversammlung aufgeweckt, sollte es noch um mal den Anfeindern geben, daß sie auch offen sein können. Am Schluß der Sitzung griff Richter in der üblichen Weise die ehemaligen Parteigenossen und heutigen Feinde, den Gemeindevorsteher Klein, in bezug auf vermeintliche dienstliche Anstellungen bezüglich einer Beihilfe aus dem Ausgleichsamt wegen der Straßenbelüftung im Vorjahre an. Der Gemeindevorsteher wies diese Anwürfe auf ihn selbst zurück, erklärte, daß die Sache mit dem Ausgleichsamt im Jahre 1928 während der 5monatigen Beurlaubung abgehandelt habe. Die Dinge liefen während der Krankheit des Bürgermeisters und im Jahre 1928, während dessen Sommerurlaub, also zur Zeit der Abreise des Richter, abgehandelt. Trotzdem hat der Gemeindevorsteher Klein nach seiner Rückkehr vom Urlaub an die Anfeindungen Anträge gestellt, die die Vorarbeiten zum Beihilfengeld um die Beurlaubung erteilt. Wenn die Gemeindevorsteher, wie er erklärte, die nicht aufhören, will der Bürgermeister, wie er erklärte, die Beamten auf Kosten der Gemeinde unter Eid an Gerichtsbarkeit des Jahres beweißen, daß sie an ihrer „altbewährten“ Sitzung des Jahres teilnahmen. Die Wertigkeiten Struppen werden in Urteil über solche „proletarische“ Arbeit selbst fällen.

## Ein beaeleestes Verfahren

In der Arbeiterstimme vom 18. Mai 1927 war ein Artikel „Ein Polizeistandal in Königsheim“ abgedruckt worden, der den Vorfall zwischen dem Kriminalkommissar Stolle in Königsheim und dem ebenfalls in Königsheim anhängigen Geschäftsmann Hartmann schilderte. Auf Grund dieses Vorfalles erließ Hartmann eine Anzeige gegen Stolle, die jedoch von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen worden war. Andererseits wies auch das Amts- und Landgericht Dresden die Eröffnung eines Hauptverfahrens auf Antrag Stollers gegen Hartmann mit der von uns bereits in Nr. 12 dieses Jahrganges mitgedruckten Begründung zurück. Kommissar Stolle hatte sich auch durch die Veröffentlichung des Artikels in der Arbeiterstimme persönlich beleidigt gefühlt und Strafandrohung gegen Hartmann für den letzten Teil verantwortlichen Redakteur gestellt. Am 24. Januar sollte die Hauptverhandlung gegen Genossen Goldhammer vor dem Gemeinamen Schöffengericht stattfinden. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Helm ist jedoch nicht in die Hauptverhandlung eingetreten, sondern Vereinbarung erzielt, wonach folgende Erklärung in der Arbeiterstimme zum Abdruck gebracht wird:

In eigener Sache.  
Ich habe mit dem Artikel in der Arbeiterstimme vom 18. Mai 1927 „Ein Polizeistandal in Königsheim“ Herrn Kommissar Stolle persönlich nicht beleidigen wollen. Ich bin auch nicht in der Lage, einen Beweis dafür zu erbringen, daß Herr Stolle einer strafbaren Handlung schuldig geworden sei.  
Herr Stolle verpflichtet sich, nach Erscheinen der Erklärung seinen Strafantrag zurückzuziehen. Die Staatsanwaltschaft die Zustimmung zur Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse.

## „Ruhstall“ und „Kirche der Erwerbslosen“

(Arbeiterkorrespondenz)

**M. B.** Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Pirna hat Montag den 16. Januar Veranstaltung genommen, die neu errichteten Arbeitsämter in Heidenau und Sebnitz zu „weihen“. In der Tat hatte sich auch eine ansehnliche Zahl Vertreter der verschiedenartigen Behörden zusammengefunden, um an dem „Weihe“akt teilzunehmen. In Heidenau selbst war die Festschmückung des Gebäudes sehr schnell erledigt. Darauf ging die Fahrt über Sebnitz nach Sebnitz, um das dortige neue erbaute Arbeitsamt in Augenschein zu nehmen. In Sebnitz wurde jedoch das erste Halt gemacht, weil der Bezirksauschuss „vorläufig“ das gemeinsame Mittagessen dort bestellte hatte. Darauf ging es in schneller Fahrt nach Sebnitz, wo die Festschmückung des Arbeitsamtes stattfand, oder, wie es in Reden genannt wurde: „Heim der Arbeit“ oder „Heim derer ohne Arbeit“. Einmal wurde dem architektonisch sehr ansprechenden Bau in Sebnitz sogar der Name „Kirche der Erwerbslosen“ gegeben. Vorher schon hatte das Arbeitsamt in Heidenau den Spitznamen „Ruhstall“ erhalten. Die Bezeichnung „Ruhstall“ ist nicht ohne Sinn, wenigstens die Heidenauer Arbeiter sollten durch Kuscheln des Stalles inmittenstehend handeln. Den Sebnitzer Heimarbeitern aber soll wohl durch den wunderbaren Bau des Arbeitsamtes vorgedacht werden, daß sie ihr Kreuz, auferlegt durch die Ausbeutung, in Ruhe tragen sollen, im Hinblick auf bessere Zeiten, das die Kirche im Jenseits verheißt! Die Sebnitzer Proleten werden mit dem „Ausmästen“ kaum noch lange auf sich warten lassen, Erregung und Zündstoff sind sehr viel vorhanden.

Die Festschmückung in Sebnitz war bald zu Ende, und die erkrankten Vertreter begannen jetzt außerhalb der Räume der neuerstellten Arbeitsämter den eigentlichen „Weihe“akt. Der in festlichen Vorbereitungen nicht unerfahrene Bürgermeister von Sebnitz hatte sich von Rat eine wohl nicht kleine Summe zur Bewirtung der hohen Gäste zur Verfügung stellen und — wie man es nannte — einen Imbiß in der Wirtschaftskommode vorbereiten lassen. Bei Bilsoner Bier trat wirklich eine ausgezeichnete Stimmung ein, die bei dem Gängen durch die Kenter in Heidenau und Sebnitz nicht so recht aufkommen wollte. Trinksprüche durch Aufstehen, inbend in Hochrufen und Trinken, Trinken und nochmals Trinken waren der eigentliche Inhalt des „Imbisses“, bezaht durch das Geld der Sebnitzer Proleten. Doch auch gefreudige Reden wurden gehalten, von denen zwei hier öffentlich Erwähnung und Erinnerung finden sollen. Der Stadtverordnetenvorsteher von Sebnitz, seinen Worten nach zu urteilen ein frommer Sozialdemokrat, hielt eine Rede, die sich an Wilhelm's Worte vom 4. August 1914 anlehnte: Bei uns in Sebnitz, insbesondere im städtischen Kollegium, gibt es schon längst keine Parteigegebenheiten mehr. Alles, was geschieht, geschieht im Interesse des großen Volksganzen“. Das war ja an und für sich nichts neues aus dem Munde sozialdemokratischer Führer. Doch sozialdemokratische Arbeiter möchten sich endlich einmal Gedanken darüber machen, warum wohl die SPD immer noch eigene Listen aufstellt und sich nicht von vornherein als Teil des Volksganzen mit den bürgerlichen Parteien auf eine Liste einigt! Darauf bemühte sich ein Sebnitzer Arzt in nicht ungehöriger Form, dem geistigen Willen die dem Kapitalismus nachbringende Praxis abzugewinnen. In seiner Rede fand insbesondere Betonung, daß vor 1914 es nicht möglich gewesen wäre, Vertreter der Industrie mit den Vertretern der Arbeiterbewegung in so gemeinsame (freud-fröhliche) Festimmung zusammenzuführen. Freudig konstatierte er diese Tat-

sache mit dem Wunsche, daß die Zusammenarbeit zwischen Vertretern des Kapitals und der Arbeiter sich noch erweitern möge. Die Zustimmung, die diesen Worten folgte, war bei den bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertretern allgemein und sehr herzlich kommend, denn — neue Mengen des echten Bismars wurden allseits vertilgt. Starke Zweifel hegen wir, ob die gleichen Vertreter mit derselben Begeisterung Anträgen auf Erhöhung der Versicherungssätze jemals zustimmen werden.

Sehr oft bekommen die Arbeiter von ihren reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führern zu hören, wie maßvoll die Vertreter der Arbeiterinteressen und das Los der Arbeitervertreter sei, weil sie mit den Kapitalisten und den Vertretern der bürgerlichen Parteien in einem fortwährenden Kampfe ständen. Uns will scheinen, daß diese reformistische Tätigkeit nicht allzu anstrengend und, wie am 16. Januar bei der „Weihe“ der Arbeitsämter in Heidenau und Sebnitz, durch aus erträglich ist. Die erwerbsfähigen und erwerbslosen Arbeiter hingegen werden sich endlich fragen müssen, ob sie diese Sorte reformistischer Führer noch länger als ihre Beauftragten betrachten wollen, ob es nach all den schlechten Erfahrungen nicht endlich an der Zeit sei, mit dem Reformismus Schluss zu machen.

**Kretsch.** (Stikurus im Wanderheim Gernsdorf.) Das Schicksal beabsichtigt, in den nächsten Tagen im städtischen Wanderheim einen lehrstägigen Stikurus für Volksschüler und Schülerinnen der beiden letzten Jahrgänge zu veranstalten. Gegenwärtig wird eine Umfrage über die voraussichtliche Teilnehmerzahl vorgenommen. Zur Leitung der Kurzes hat sich Lehrer Lorenz, Ludwig-Richter-Schule, bereit erklärt.

**Bannemig-Boderig.** (Der Wasserwerfverbandes aus Schuß als „Verschönerungs“-Verein.) Interessante Kunstentwürfe hat der Wasserwerfverbandesauschuss in unserer Gemeinde geschaffen. Diese sollten wohl ursprünglich Pyramiden darstellen, sind aber sehr plump gehalten. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß sie nur aus Kompost und Dünger bestehen. Der Wert steht jedoch tiefer, denn darunter schlummern die — Dörsflurhydranten der Wasserleitung. Wer soll diese bei Feuergefahr ausrauben, da der Mist außerdem noch mit Draht umwickelt ist? Was für diese Zwecke nicht Stroh genug da, obgleich wir große Körner im Orte haben? Was sagt die Einwohnerschaft in dieser „Verschönerung“? Sie hat doch wahrlich genug Vergnügen an dem schieflichen Schlammetz!

**Dorfheim.** Am 21. Januar veranstaltete die RFB-Ortsgruppe Dörsdorf und Umg. einen proletarischen Abend, der einen Massendruck aufzuweisen hatte. Die RFB-Kapelle Freital füllte den Konzertsaal aus, die Auswahls des Dargeborenen war sehr gut gelungen, jede einzelne Nummer brachte tosenden Beifall, so daß diese viele Stücke als Zugabe bringen mußte. Der Arbeiter-Gesangverein Dorfheim hatte sich ebenfalls in den Dienst des proletarischen Abends gestellt und brachte gemischte und einzelne Chöre zum Vortrag, viel Beifall ernteten sie nach dem Vortrag der Lieber Arbeitertrag und Rogardistennarrisch. Zum Schluß folgte der Bierater „Gerechtigkeit“, gespielt von RFB-Kameraden und Sympathisierenden, die für das gute Spiel lebhaften Beifall fanden. Kamerad Gausleiter Schloßstein hielt die Ansprache und verband die Besucher, worunter viele SPD-Genossen und Parteiloze waren, mit seinen fernigen Worten mitzureisen. Eine kleine RFB-Landgruppe hat hier zum ersten Male versucht, mit proletarischer Musik und proletarischen Darbietungen in der Bevölkerung Sympathie zu erlangen, und mit Stolz können wir sagen, daß es uns gelungen ist, der Massenbegeisterung und der starke Beifall und der beste Beweis. Aber mehr, viel mehr muß erreicht werden. Kamerad Wolf forderte zum Schluß die Anwesenden noch auf, einzutreten in die rote Front, im Kampffahr 1928 der proletarischen Pflicht nachzukommen und mitzuhelfen an der Erringung eines Sowjet-Deutschlands. — Der Reingewinn des Abends wurde der RFB überwiesen.

## Achtung! Kolporteurs!

Am den Versand der Abonnementsquittungen für den Monat Februar nicht zu verzögern, ersuchen wir alle Kolporteurs, Träger und Zeitgerinnen, die restlichen Abonnementsloger für Januar sofort abzurechnen.

Die Verlagsleitung.

**KPD / Bezirk Ostfachsen / Sekretariat**  
 Wobler, Westf. 102, 104, 106, Dresden-12.  
 Columbusstr. 9 / Tel. 20071 / Die Familienangehörigen müssen vollständig  
 drei Tage vor dem Versammlungstermin im Sekretariat gemeldet sein.  
 Besuche in allen Wohnbezirken jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr

**Bergschühel.** Die KPD-Kundgebung am 28. Januar findet nicht im Stern, sondern am Ullrichsplatz in der Vorstadt statt. Die Parteigenossen und KPD-Kameraden von Höhe, Gohlis, Fähr, Gerbersdorf, Langenbrunn, Groß-Görschen, Fähr, Gerbersdorf, Langenbrunn, Groß-Görschen und Ottendorf wollen dies beachten und rechtzeitig zur Stelle sein.

**Wichtig! Genossen, Kameraden!** Der Osterabend des KPD findet nicht Freitag den 27. Januar, sondern schon Donnerstag den 26. Januar statt. Wir bitten trotz dieser Änderung alle um ihr Erscheinen.

**KPD des Stadtteils 1.**  
 Donnerstag den 26. Januar:  
 Stadtteil 2. Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**Stadtteil 1.** Freuenabend im Einzelhandel, Restaurant Kaufhausstraße, 20 Uhr. Gen. Kammerrath spricht über Kaufhaus-erlebnisse. Bringt Sympathieernde mit!

**KPD Frontkämpferbund**  
 Freitag den 27. Januar:  
 Ortsgruppe Altschönau, KPD und KJ treffen 19.30 Uhr am  
 Spielplatz zur KPD-Keller in Niederlößnitz. Spielstunde mit  
 Antritten.

**Ortsgruppe Freital.** 19.30 Uhr im Kinderheim der KPD. Jeder  
 Kamerad hat zu erscheinen. Wichtige Versammlung.  
 2. Abteilung. 19 Uhr Stellen Altschönau zur Versammlung.  
 Note Jungtrupp

**Donnerstag den 26. Januar:**  
 2. Abteilung. 2. Abg. Gruppenabend mit dem KPD bei  
 Schirmer.

**Freitag den 27. Januar:**  
 2. Abteilung. Stellen zur Versammlung 19 Uhr Fischhofplatz,  
 Freital.

**Ortsgruppe Freital.** Samtliche Kameraden erscheinen 19.30 Uhr  
 zum Abteilungsabend im bekannten Lokal.

**KPD Frauen- und Mädchenbund**  
 Groß-Dresden. Kassenstunden Donnerstag von 5 bis 7 Uhr  
 Januar abrechnen.

**Donnerstag den 26. Januar:**  
 Altschönau. Unterhaltungsabend im Gasthof Groß-Altschönau,  
 19.30 Uhr. Gen. Sitzelwieser liest vor aus „Oktob“ von  
 Maria Reibner. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Freitag den 27. Januar:**  
 Pirna. Mitgliederversammlung 20 Uhr im Volkshaus. Bücher  
 sind mitzubringen.

**Internationale Arbeiterhilfe**  
 Freitag den 27. Januar:  
 Köhlerstraße. Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglie-  
 der ist Pflicht. Lokal wird noch bekanntgegeben.

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, im  
 Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Bereinsnachrichten**  
 Der Festausschuss zum Kreiswinterportfest erwartet, daß alle  
 am Sonnabend abend gemeldeten Auführenden pünktlich er-  
 scheinen. Winterportfest die das Barrenturnen beherrschen,  
 bringen Turnzeug mit. Wir wollen noch eine Barrenriege zu-  
 sammensstellen.

**Bootsabteilung d. R. i. v. Köfelerplatz.** Freitag den 27. Jan.  
 19.30 Uhr im Volkshaus Versammlung mit Lichtbildvortrag:  
 Im Spreewald. Gäste willkommen. — Sonntag den 29. Januar  
 alle zum Winterportfest in Alsenberg.

**Arbeitermandolinisten, Ortsgruppe Dresden.** Kommen den  
 Freitag den 27. Januar Gruppenabend im Stadtverordneten-  
 saal. — Sonnabend den 28. Januar im großen Saal des Volks-  
 hauses Spielen der Kinderabteilung.

**Arbeiter-Turn- und Sportverein Freital-Deuben.** Sonntag  
 den 29. Januar, 9.30 Uhr, in Stadt Freital wichtige Funktionär-  
 versammlung. Alle Funktionäre beider Sparten vom Vor-  
 sitzenden bis zum Spielführer haben in der wichtigen Zusammen-  
 kunft zu erscheinen.

**Freie Elternvereinigung der 31. Volksschule, Jungbun-  
 derstraße.** Mitgliederversammlung Freitag, 29. Jan. im Restaurant  
 Piching, Schillerstraße. Herr Lehrer Tschendort spricht über  
 „Seitens aus dem Kinderleben“.

**Rundfunk**  
 Donnerstag den 26. Januar:  
 16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunk-  
 Kapelle.  
 18.05—18.20 Uhr: Aufwertungsrundfunk.  
 18.20—18.30 Uhr: Steuerrundfunk.  
 18.30—18.55 Uhr (deutsche Welle, Berlin): G. v. Eschren und  
 C. M. Wiffler: Spanisch für Fortgeschrittene.  
 19—19.20 Uhr: Vortragsreihe: Die Zukunft des Landesaus-  
 4. Vortrag, Dr. Kunze (Dresden), Sanftus des Landesaus-  
 schusses des sächsischen Handwerks: Handwerkslehre u. Hand-  
 werkslehre. (Am 8. Jan. wegen Sendebörung ausfallen.)  
 19.20—20 Uhr: Alfred Hofste (Halle): Schülerdeutsch u. Schul-  
 sprache.  
 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneericht und Zeitangabe.  
 20.15 Uhr: Lependen.  
 21.15 Uhr: Orchesterkonzert.  
 22.15 Uhr: Funtprenger.  
 22.20 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.  
 22.30 Uhr: Funftilke.

**ROTE REVUE**  
**ALLES NACKT**  
 am Freitag, 27. Januar, 20 Uhr, im  
**Gasthof Wölfnitz**  
 Ein Station der Straßenbahnlinie 7  
 Kommt und staunt! / Eintritt 50 Pfennig

**Freitag den 27. Januar findet 7.30 Uhr Verkauf von Rind-  
 fleisch, in rohem und geflochtenem Zustande, auf der Freibrant,  
 Stadtteil Volkshaus, Hof des früheren Rathauses, statt. Preis  
 pro Pfund roh 50 Pfennig, geflocht 40 Pfennig.  
 Rat der Stadt Freital, am 26. Januar 1928.**

**Gemeinschaft proletarischer Freibranter  
 Groß-Dresden**  
 Sonnabend den 26. Januar, 19 Uhr  
 in den Annalen, Altschönau:  
**Jahreshauptversammlung**  
 Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht 2. An-  
 träge, 3. Neuwahlen, 4. Allgemeines.  
 Anschließend  
 Generalversammlung der Gewerbeschäftigten der Gemein-  
 schaft prol. Freibranter, Bezirk Groß-Dresden.  
 Tagesordnung wie oben. Nur Mitglieder haben Zutritt.  
 Einlass und Abimmung nur gegen Vorweisung des in  
 Ordnung befindlichen Mitgliedsbuches und der Karte.  
 Der Vorstand.

**Zeitungsaussträgerin**  
 für Stadteil Zentrum II findet sofort Beschäftigung. Mel-  
 dungen bei der  
**Dresdner Verlagsgesellschaft**  
 Dresden-11, Güterbahnhofstr. 2

**Zucker**  
 bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30,  
 im 2-Zentner-Sack 0.29  
 Schokoladen- und Zuckerwaren-  
 fabrik Richard Seibmann,  
 Grenadierstraße, Ecke Dammweg

**Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb**  
 ff. Frühstücksgebäck  
**Otto Hering, Dresden-N.**  
 Lögnitzstraße 13 / Fernsprecher 54137

**Schuhhaus Grundig**  
 Versäumen Sie nicht meinen  
**INVENTUR-  
 AUSVERKAUF**  
 Besichtigen Sie mein Schaufenster,  
 es zeigt die großen Vorteile, welche  
 Ihnen dadurch geboten werden!

**Inhaber Pirna Lange**  
**A. Klieber Straße 2**

**Arbeiter, kaul!**  
 neue  
**Arbeitsachen**  
 und  
**Hemden**  
**Unterhosen**  
**Sportwesten**  
**Socken**  
**Hosenträger**  
**Taschentücher**  
 usw. bei  
**Ernst Klaar**  
 Lillengasse 52  
 68r Josephinenstraße  
 (über Ostbahnhof)

**Ernst Klaar**  
 Lillengasse 52  
 68r Josephinenstraße  
 (über Ostbahnhof)

**ANZEIGEN**  
 haben den denkbar  
 besten Erfolg in der  
**ARBEITERSTIMME**

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt

**Arb.-Zam.-Kol. Pirna**  
 Sonnabend, den 26. Januar, im Volkshaus  
**4. Stiftungsfest**  
 verbunden mit erstklassigem Konzert (Kaisel-  
 Kapelle, Derolung und H. Doll)  
 Anfang Punkt 1/2 Uhr, Einlass 1/2 Uhr  
 Eintritt zum Beleg der Hausnummer  
 10, 20.

Mein  
**Inventur-  
 Ausverkauf**  
 beginnt  
**am 27. Januar**  
 Er bietet die denkbar  
 günstige  
 Einkaufs-Gelegenheit  
 bester Qualitäten  
**August Frenzel**  
 Pirna  
 Barbiergasse 20, Fernruf 525

Am kommenden Freitag, dem 27. Januar 1928, morgens  
 8 Uhr, übergeben wir in  
**Dresden-Neustadt, Hechtstraße 99**  
 eine unseren Mitgliedern dienende neue  
**Lebensmittel-Verteilungsstelle**  
 dem Verkehr, die in der Größe und in der Einrichtung den  
 weitestgehenden Ansprüchen Rechnung trägt. / Die Be-  
 fähigung der neuen Verteilungsstelle ist jedem Mit-  
 glied der Genossenschaft gestattet.  
**Konsumverein**  
**Vorwärts**  
 Die Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder.  
 Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. / Eintritt 50 Pf.  
 Anmeldungen werden in allen Verteilungsstellen entgegengenommen.

**Alle Lebensmittel!**  
 • billig •  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse  
 6% Rabatt  
 Auch auf  
**Landbutter**  
**Landeler**  
**Speisekartoffeln**  
**6% Rabatt**  
**Wilh. Welgert**  
 Pirna  
 Barbiergasse 3  
 Sämtliche arbeitsbekannt  
**Biere**  
 Importiert von Haus und  
 Grund  
**Kurt Noack**  
 Dohnaer Platz  
 Alle  
**Lebensmittel**  
 außerst billig!  
**Fritz Leuschke**  
 Pirna-Copitz  
 Pflanzstr. 11

**SLUB**  
 Wir führen Wissen.

# Landarbeiter, kämpft gegen den Schand-schiedspruch!

Der durch grenzenlose Not in allen Landarbeiterfamilien ausgeübte Druck der Landarbeiter auf die DVB-Führung zwang diese endlich, die menschenunwürdigen, seit Jahren gültigen Beschlüsse am 1. Oktober 1927 zu kündigen.

Die Opposition im DVB hat bei dieser Gelegenheit den Landarbeitern klar und offen gesagt:

1. daß sie auch die Kündigung der schändlichen Rahmenartikeln für unbedingt notwendig halten;
2. daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht am Verhandlungstisch, sondern nur im entschlossenen und einheitlichen Kampfe aller Arbeiter gegen ihre Ausbeuter erreicht werden können;
3. daß diesem Kampfe die zwischen DVB-Führern und Agrar-kapitalisten gebildete sogenannte „Mitteldeutsche landwirtschaftliche Tarifgemeinschaft“ im Wege steht, aus der deshalb der DVB auszuschleiden hat, wenn er ehrlich und ernsthaft für die Befreiung der ungeheuren Notlage der Landarbeiterschaft eintreten will.

Ueber diese Forderungen im DVB legte sich die Gewerkschaftsbürokratie fastkündig hinweg. Deshalb soll die Lohnbewegung der Landarbeiter ebenso jämmerlich zum Abbruch gebracht werden wie im Vorjahre. Nach viermonatlichem ergebnislosem Kuhhandel der „Mitteldeutschen landwirtschaftlichen Tarifgemeinschaft“, wurde am 19. Januar in Halle für das gesamte Tarifgebiet, umfassend die Provinz und Freistaat Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Kurhessen und Südhannover, folgender Schandschiedspruch gefällt:

1. mit Wirkung vom 1. März 1928 erhöht sich der Spinnenbarlohn für Männer und Frauen um je 2 Pf. pro Stunde. Ferner werden im Jahre 1928 Erntezulagen in derselben Höhe und für dieselbe Zeit wie im Jahre 1927 gewährt;
2. die übrigen Barlohnätze erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis wie die Spinnenbarlöhne;
3. soweit im Jahre 1927 Abforderungsveränderungen getroffen waren, bleiben sie für das Jahr 1928 bestehen;
4. diese Regelung gilt bis 31. Dezember 1928.

Bis zum 31. Januar haben sich die Parteien zu erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen oder ablehnen.

Man muß sich noch einmal die Spinnenlöhne (!) der Landarbeiter im Tarifgebiet vergegenwärtigen.

um die ganze Tarifweite der beabsichtigten Schändlichkeit an den mitteldeutschen Landarbeitern

zu erfahren. Sie betragen im Monat November 1927 (pro Stunde, in Pfennig gerechnet):

	Barlohn	Deputatlohn	Gesamtverdienst
Provinz Hannover	26,-	15,73	41,73
Provinz Sachsen (Börde, Zone 1)	26,50	14,31	40,81
Freistaat Anhalt (Deßau und Jerbitz)	23,-	15,-	38,-
Freistaat Sachsen (Dresden, Zone 1)	26,50	15,33	41,83
Freistaat Thüringen (Eisenach, Zone 1)	19,50	14,60	34,10
Provinz Hessen-Kassel (Kassel, Klasse 1)	26,50	11,23	37,73
Provinz Rheinbellen (Rheinbellen, Gr. A)	37,-	-	37,-

Demgegenüber stellen die Landarbeiter folgende beherrschenden Forderungen:

sofortige Kündigung aller mitteldeutschen geltenden Rahmenartikeln; Herabsetzung des Gesamtstundenlohnes auf den Stand der tariflichen Industriearbeiterdurchschnittslöhne in den zugehörigen Kreisen; Abbau der Naturalienlohnung; Abkehr von freiwillig geleisteter Fremdarbeit nach dem Grundsatz: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“; Verringerung jeder Fremdarbeitsleistung; Verringerung des Hofzinsgewinnes; Kinderlohnarbeit in grundsätzlich zu verbieten; Verringerung des Werklohnungsgewinnes; die jährliche Arbeitszeit darf 2400 Arbeitsstunden nicht übersteigen; Gewährung eines Urlaubs von wenigstens 6 Arbeitstagen im Jahre, für alle länger als 3 Monate auf einer Stelle Beschäftigten.

Die DVB-Führer konnten diese Forderungen nicht als utopisch oder nicht erreichbar bezeichnen. In den Landarbeiter-beratungen mußten sie sich bereit erklären, dafür einzutreten. So legte eine Mitgliederversammlung des DVB den Gauleiter auf folgende Resolution fest:

Die stark bedrückte Landarbeiterversammlung der Zahlstelle Wollmirsteden beschließt, die Gausleitung aufzufordern, bei den Tarifverhandlungen vor allen Dingen dahin zu wirken, daß die gesamte Deputatenlohnung durch den Barlohn abgedeckt wird. Weiter beschließt die Versammlung, die Tarifkommission aufzufordern, in den Tarifbestimmungen des Jahres auszuweichen, daß Kartoffelland bis zu 1 Morgen Größe nicht zweifach ausgegeben werden muß, wie auch für

Getreide entsprechende Bestimmungen, die das Entnehmen von Kautschuk ermöglichen, in den Tarif aufgenommen werden sollen. Weiter fordert die Versammlung die Umwandlung der bisherigen Deputatenlohnung (Verförmungen) in Mietwohnungen, um bei Zahlung der gefälligen Mieten auch den Schutz der Mieterkassette in Anspruch nehmen zu können. Als Familienlohnung bei Wegfall der bisherigen Deputate hält die Versammlung einen Stundenlohn von 60 Pfennig für den Spinnenlohnempfänger für unbedingt erforderlich.

In einer Bezirksversammlung in Wollmirsteden erklärte der Gauleiter Brandenburg:

„Wir müssen jetzt für die Befreiung des Deputatenlohnes kämpfen. Wir müssen eine wesentliche Lohnhöhung und Verbesserung des ganzen Arbeitsverhältnisses durchdringen. Die Landwirtschaft kann höhere Löhne zahlen. Der Reichstag in seiner Mehrheit und die jetzige Reichsregierung in ihrer Gesamtheit ist arbeiterfeindlich, von ihr ist kein Entgegenkommen zu erwarten. Wir sind allein auf uns angewiesen.“

In einer Entschließung in Ebersdorf wird in einer scharfen Resolution gefordert, daß die Industriearbeiterlöhne durch den schärfsten Kampf aller Landarbeiter erhöht werden müssen. Vor der Abstimmung erklärte der Kreisleiter Döbberlein:

„Die Agrarier können höhere Löhne bezahlen, aber sie wollen es nicht. Die Gesellschaft, die fort oben in Haus und Braus lebt, denkt nicht daran, im Verhandlungswege auch nur einen Pfennig Lohn zu bewilligen. Die Landarbeiter werden daraus ihre Schlüsse ziehen und kämpfen müssen.“

Nach dem Referat des Kreisleiters Göbel erklärte sich die sehr stark bedrückte Versammlung der Landarbeiter in Ebersdorf für die totale Befreiung der Deputate. Gefordert wird ein ausreichender Barlohn, da das Risiko der Deputatenlohnung für den Landarbeiterhaushalt bei dem geringen Einkommen des Landarbeiters zu groß ist.

In einer Kreisversammlung in Wollmirsteden erklären die Delegierten:

„Der angelammelte Brennstoff der Landarbeiterschaft ist derart gestiegen, daß es nur eines Kampfes bedarf, um in heißen Kämpfen auszuweichen. Die Not der Landarbeiterschaft schreit zum Himmel. Wir verlangen, daß die Organisation alles daransetzt, um die Deputatenlohnung zu befreien. Sie hindert die Landarbeiterschaft an besseren Löhnen und gibt den Agrariern die Möglichkeit zur Überverteilung der Landarbeiter, minderwertige Ware wird angekauft und als Deputat ausgegeben. Die von der Organisation geteilten Lohnforderungen sind eigentlich viel zu niedrig. Wir fordern einen solchen Lohnsatz, der den Industriearbeitern gleichkommt. Nur im Interesse der Einheit der Bewegung und der Auflösung des Kampfes können wir der Forderung des Referenten, Gauleiters Brandenburg auf 60 Pf. Stundenlohn zustimmen.“

Drei Monate haben die DVB-Führer mit den Zantern hinter verschlossenen Türen der Arbeiterschaft getuschelt. Anstatt sofort den geforderten Kampf der gesamten mitteldeutschen Landarbeiter einzuleiten, wie das die Arbeiter forderten.

Sie behaupten auch, ja keine Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Bettend haben sie sich an den Reichsarbeitsminister, den Justizminister Brauns, gewandt, damit er einen Schiedspruch fällt. Der Gauleiter des DVB Brandenburg sagte doch lehrhaft:

„Die jetzige Reichsregierung in ihrer Gesamtheit ist arbeiterfeindlich, von ihr ist kein Entgegenkommen zu erwarten.“

Es ist nicht ein Hohn auf euer Leben, wenn jetzt derartige Entgegenkommen zu erwarten ist, bettelnd auf dem Bauche rutschend! Dieses Verhalten der DVB-Führer zeigt ihre ganze Doppelmoral. Wenn die Opposition im DVB das schändliche Treiben solcher Führer der Mitteldeutsche mitteilt, dann fallen die Führer über hoch oppositionellen Arbeiter her, beschimpfen sie und schießen sie sogar aus dem DVB aus.

Landarbeiter! Im eigenen Interesse macht die Landarbeiterschaft ein Ende. Schaut auf die mitteldeutschen Vergarbeiter, schaut auf die Metallarbeiter in Mitteldeutschland, schaut auf alle klaffenbewehrten Arbeiter und lernt aus ihren Kämpfen, wie der Terror und die brutale Ausbeutung der Zantern gebrochen werden kann. Tariffragen sind Machtfragen. Die Macht aber wird nur im entschlossenen und rücksichtslosen Kampfe erstritten. Wir weit ihr euch und alle übrigen Landarbeiter zu dieser Überzeugung auftrafft, ist für das Schicksal eurer Forderung entscheidend. Deshalb verlangt überall die sofortige Einberufung von Mitgliederversammlungen im DVB. Zwingt die Führer des DVB, den Schiedspruch abzulehnen, an ihren Forderungen festzuhalten und sie im Kampfe durchzuführen. Geht sofort überall an die Organisation und Vorbereitung dieses Kampfes. Verbindet euren Kampf mit dem der Metallarbeiter in Mitteldeutschland. Wecht trotz aller Fehler und Mängel der DVB-Führer unermüdet für eure leitgewerkschaftliche Organisation, denn die Organisation ist notwendig, um siegreich

kämpfen zu können. Schaut euch selbst um die Opposition im DVB, nur so werdet ihr euren Willen gegen die inhaberenden Führer durchsetzen.

Die Landarbeiter selbst müssen in den Betrieben die Wahl von Streikleitungen vornehmen und diese örtlich und bezirksweise zusammenfassen. In den Verhandlungen müssen Kollektoren aus den Betrieben teilnehmen. Mit den Gewerkschaftsvertretern aus den Betrieben aufgenommen werden, um sich die aktive Mitarbeit der Industriearbeiter zu sichern. Die Resolutionen des Schiedsrichters muß mit dem sofortigen Streit beantwortet werden.

Landarbeiter, auf die Schenken! Auf in den Kampf!

## Die Betriebsdemokratie in der Sächsischen Glasfabrik Adeberg markiert

(Arbeiterkorrespondenz)

Alle diejenigen, die an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft interessiert sind, versuchen, den Arbeitern tagtäglich einzureden, daß ihre Befreiung von der kapitalistischen Lohnsklaverei auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie möglich ist, und damit der Weg leichter und schmerzloser wäre als der Weg des Klassenkampfes zum Sozialismus. Doch wäre als der Weg des Klassenkampfes zum Sozialismus. Doch die Befreiung der Sächsischen Glasfabrik wurde durch die neue Arbeitsordnung, die am 9. Januar 1928 rechtskräftig wurde, deutlich veranschaulicht, daß es wirkliche Demokratie zwischen ihr und den Unternehmern nicht gibt, sondern im Gegenteil zwischen Unternehmern und Arbeitern ein beständiger Klassenkampf herrscht. Man hätte glauben können, daß der Betriebsrat alles tun würde, um die Arbeitsordnung so abzuändern, damit sie sich künftig nicht gegen die Belegschaft auswirken kann. Doch weit gefehlt. Anstatt den Kampf gegen die Arbeitsordnung zu führen, hielt es der Betriebsrat Willi Keunert für angebracht, den Kampf, den einzelne Betriebsratsmitglieder gegen die Arbeitsordnung führten, zu schwächen und der Belegschaft die Entscheidung über die Arbeitsordnung vorzunehmen. Trotzdem die Kollegen vom Betriebsrat die Einberufung einer Belegschaftsversammlung betrug, der Arbeitsordnung verlangten und andererseits von der Gewerkschaft ebenfalls darauf gedrungen wurde (die briefliche Aufforderung vom Verband wurde ihm am 4. Januar 1928 zugestellt), sabotierte er die Versammlung so lange, bis die Arbeitsordnung rechtskräftig erlangt hatte. Erst dann bequimte sich der Betriebsrat zu einer Belegschaftsversammlung, die am 11. Januar 1928 mit folgender Tagesordnung stattfand: 1. Arbeitsordnung, 2. Betriebliches. Von den Arbeitern wurde gefordert, daß der Betriebsrat von der Firma hätte verlangen müssen, daß die Arbeitsordnung in Hunderten von Exemplaren vervielfältigt würde, um sie dann den Kollegen zur Einsicht einer gründlichen Stellungnahme der Belegschaft zu Verfügung zu geben. Bei einer Belegschaft von 1200 Mann ist es ausgeschlossen, daß durch die Auslegung der Arbeitsordnung beim Portier eine notwendige und gründliche Information der Belegschaft erfolgen konnte. Bei der Behandlung des ersten Paragraphen der Arbeitsordnung zeigte sich schon, daß die Kollegen mit ihr nicht einverstanden sind. Die wesentlichen Arbeitszeit soll bis 54 Stunden betragen. Im Paragraphen 25 Absatz 5 wird innerhalb des Betriebes jede politische und gewerkschaftliche Tätigkeit verboten und bei Verbreitung von Druckschriften, Sammeln von Unterschriften und Einfassung von Beiträgen die Genehmigung der Betriebsleitung zur Voraussetzung gemacht. Bemerkenswert hierzu ist die Aeußerung des Betriebsratsvorsitzenden Willi Keunert, daß zu diesem Paragraphen noch extra ein Protokoll besteht, worin die Firma die gewerkschaftliche Tätigkeit nur soweit gestattet, soweit es sich auf die Einfassung von Gewerkschaftsbeiträgen erstreckt. Sollten sich die Gegenstände im Betriebe einmal soweit verschärfen, daß ein Streik notwendig wäre, so würde dann die Agitation für einen Kampf die oben genannte Paragraphen 25 Absatz 5 Tätigkeit sein, die auf Grund des Paragraphen 25 Absatz 5 Nachregelung zur Folge haben kann. Mit dieser Bestimmung verläßt die Direktion, den Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen gegen die Ausbeutermethoden zu erschweren. Wie weit der Betriebsratsvorsitzende mit den Ansichten der Firma übereinstimmt, zeigt seine Erklärung, die besagt, daß der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Agitation außerhalb des Betriebes gelegt werden müsse. Die Belegschaft lehnte eine solche, mit den gewerkschaftlichen Grundfragen in Widerspruch stehende Haltung einmütig ab und verlangte eine sofortige Revision der beanstandeten Bestimmungen dieser arbeiterfeindlichen Arbeitsordnung.

Die Belegschaft aber sollte aus dem Verhalten des Betriebsrates bei den demnächst stattfindenden Betriebsratwahlen den Schluß ziehen und nur solche Kollegen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragen, die es ernst nehmen mit ihren Aufgaben und nicht um des guten Einverständnisses mit der Direktion willen die Arbeiterinteressen preisgeben.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Kampfbild“, Dresden.

# An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(42. Fortsetzung)

Nur einmal verlor Harven die Fassung, als Grace ahnungslos fragte:

„Wo ist Kayenslein? Ich glaube, er werde am Abend mit dir herankommen.“

In diesem Augenblick sah Harven mit schauerlicher Lebensfreude die dunkle Gasse vor sich, die auf der Erde liegende, im Tode erstarrete Gestalt, sah den alten Hausherrn laufen, in den Schatten verschwinden.

Er suchte vergeblich nach Worten, die Kehle war ihm wie zugeschnitten. Wie eine Erlösung dachte es ihm, als er Tod Benson's geflüsterte Stimme vernahm:

„Er konnte gestern nicht kommen, wird wohl auch in den nächsten Tagen hierzu keine Zeit finden.“

Am Nachmittag zogen sich die beiden Männer in Harvens Arbeitszimmer zurück, und dieser berichtete Benson ausführlich, was er in der vorhergegangenen Nacht erlebt hatte, er erzählte alles, schonte selbst keinen Vater nicht.

„Ich glaube, auch das Verbrechen an Rawley wurde von diesen Menschen geplant,“ sagte er schließlich.

„Das haben wir immer geglaubt, aber man konnte es nicht beweisen.“

„Und diese Muriel Brice war das Werkzeug der Verbrecher,“ sprach Harven bestimmt.

„So ganz sicher ist dies denn doch nicht.“

„Sie selbst nannten mir den Namen.“

„Ja, aber seither bin ich anderer Ansicht geworden. Wie wäre es der Frau gelungen, sich bei Rawley einzuschleichen, gerade an dem Abend, da Ihre Frau dort war?“

„Meine Frau erinnert sich nicht genau, wann sie damals fortging.“

„Jedenfalls aber war es gegen Elf, nicht wahr?“

Harven nickte.

„Und es wäre Rawley doch aufgefallen, wenn ihn eine fremde Frau zu so später Stunde besucht hätte, er hätte Verdacht

geschöpft; wir wissen ja alle, daß wir auf so mancherlei gefaßt sein müssen.“

„Ja.“

„Außerdem ist die Frau nicht zu finden; auch Ihren Detektiv gelang es nicht, sie aufzuspüren. Uebrigens glaube ich nicht, daß sich diese Leute zweimal, in so kurzer Zeit, der gleichen Verlon bedienen würden, und das Alibi auf Eichel Lindlan wurde doch bestimmt von Muriel Brice ausgeführt. Nein, ich glaube immer mehr, es handle sich hier um eine Missetat.“

„Das glaube ich anjanzu auch. Jetzt aber habe ich das Gefühl: Muriel Brice ist die Mörderin John Rawleys.“

„Und ich muß sie finden, den Freund an ihr rächen.“

„Sagen Sie, Harven,“ fragte Benson nach einer Weile unvernünftig, „Selt wann ist Ihr Vater aus Newport fortgegangen?“

„Seit sechs oder sieben Wochen. Er verließ etwa vierzehn Tage vor meiner Trauung.“

„Sind Sie dessen ganz gewiß?“

„Ja, Weisheit.“

„Und fand Euer Stadthaus während dieser Zeit tatsächlich völlig leer?“

„Ja, die gesamte Dienerschaft befindet sich im Landhaus; bloß mein Diener wohnte in Graces Haus.“

„Wie kommt es dann, daß jede Nacht irgendwo, anscheinend in der Küche, ein Feuer brannte? Ich ging in jener Zeit aus bestimmten Gründen oft unabsichtlich an dem Haus vorüber und sah jedesmal aus dem Kamin Rauch aufsteigen. Und als ich verschwunden war, kam auch meine Frau, auf der Suche nach mir, einmal des Nachts vorüber und bemerkte das Gleiche.“

„Sie glauben also, daß mein Vater die ganze Zeit über hier war?“ fragte Harven.

„Ja.“

„Aber selbst wenn dies zuträfe, welche Bedeutung hätte dies für uns?“

„Ich glaube nämlich,“ erklärte Tad Benson, „daß es Ihr Vater ist, der in Verbindung mit Muriel Brice steht, glaube, daß sie von ihm ihre Aufträge erhält. Durch Ihren Vater müssen wir auf die Spur dieser Frau gelangen — deshalb müssen wir auch äußerst vorsichtig sein; Ihr Vater darf keinen Verdacht schöpfen.“

Harven schauderte zusammen; der andere sprach so kalt und nüchtern von etwas, das ihn zuletzt unglücklich machte und erschütterte.

„Falls Ihre Annahme richtig ist, Tad,“ sagte er ägernd.

„So — ich weiß nicht, wie uns das nützen kann — meinen Sie, ich solle meinen Vater zuerst beobachten, dann, wenn ich noch bestimmtere Beweise habe, ihn zur Rede stellen, ihn zwingen, mir zu verraten, wer Muriel Brice ist, wo sie sich befindet, welche Rolle sie bei John Rawleys Tod gespielt hat?“

„Glauben Sie, Sie vermöchten Ihren Vater derart einzuschüchtern, daß er Ihnen die Wahrheit sagt? Die Mitglieder des Au-Rux-Klan sind durch Eid gebunden, in allen Fällen Schweigen zu bewahren.“

„Einzuschüchtern? Harven sah vor sich des Vaters entschlossenes Gesicht, den harten Mund, die durchdringenden Augen, sah ihn nun, zum erstenmal, nicht als seinen Vater, sondern als einen anderen Mann, einen Gegner. Nein, diesen Menschen vermag man nicht einzuschüchtern. Und ihn zu überlisten, ginge dies? Nein, auch das dürfte unmöglich sein, war doch er, Harven, der stets nur seinem Studium gefeßt hat, weit ungewandter, unpraktischer, unerfahrener, als dieser Groh-industrielle, der ein langes Leben voller Kämpfe gegen die Konkurrenz voller Ränke und Schliche, hinter sich hat. Er zählte mit einer hoffnungslosen Gebärde die Ahlsen.“

„Und doch geht der Weg über Ihren Vater,“ sprach Tad Benson hart. „Oder fehlt Ihnen der Mut, bringen Sie es nicht übers Herz, gegen den eigenen Vater vorzugehen? So wäre ja nicht unbegründet,“ fügte er etwas milder, mit einem teilnahmsvollen Blick auf Harvens blaßes, erregtes Gesicht, hinzu.

„Es fällt mir schwer,“ gestand Harven, mit geprehter Stimme. „Sie wissen ja nicht, Tad, was dieser Mensch für mich war. Ich liebte ihn, vertraute ihm bedingungslos, gegen mich war er immer die Güte selbst.“

„Er verführte einige Augenblicke, harrie vor sich hin, fuhr dann in verändertem, entschlossenem Ton fort: „Aber ich muß diese Muriel Brice finden, muß diese Verbrecherin zur Rechenschaft ziehen, dieses Weib, das John Rawley ermordet hat. Noch nie habe ich einen Menschen so verabscheut und gehaßt wie diese Muriel Brice.“

Während er redete, hatte sich unbemerkt die Tür geöffnet, nun stand Grace an der Schwelle, sehr blaß, mit geweinten Augen auf den Gatten blickend.

„Muriel Brice!“ rief sie erregt. „Schon wieder dieser furchtbare Name? Ihr spracht von ihr? Dacht Ihr sie gefunden? Wagt Ihr, wer sie ist?“

„(Fortsetzung folgt.)“

